

Saale-Beitung.

Bezugspreise
 Im Falle Vierteljährlich 2,50 M., bei
 postmaler Bestellung 2,75 M., durch
 die Post 3 M., wochentlich 2 M.,
 monatlich 1 M., ohne Beleggeld.
 Bestellungen werden von allen Reichs-
 postämtern angenommen.
 Nr. 5822 des amtl. Zeit.-Verz.
 Für die Redaktion verantwortlich:
 Dr. Oswald Schulze in Halle.
 (Verlagsbuchhandlung mit Verlin, Hallesche, Wandenburg 16.
 Kundens-Nr. 178.)

Einzelnen
 werden die Spaltzeilen oder deren Raum
 mit 30 Pf., solche aus Halle mit
 15 Pf. berechnet und in der Expedition,
 von untern Annahmestellen und allen
 Kunstreis-Expeditoren angenommen.
 Bekanntmachung des 30. Pf.
 Erachtet in demselben postmaler,
 Sonntag und Montag einmal,
 (sonst zweimal täglich).
 (Der Abdruck unserer Original-Artikel
 ist nicht gestattet.)

Nr. 263. Halle a. d. Saale, Donnerstag den 9. Juni 1898. 1898.

Deutsches Reich.

Sofort- und Personalnachrichten.
 Berlin, 8. Juni. Der Kaiser besichtigte heute auf dem
 Hauptplatze die Garde du Corps und die Leibgarde
 zu Fuß. Dem Kaiser folgten die Generale im General, zu dem
 auch die Kavallerie-Regimenter des ersten Garderegiments, die
 Unteroffizierskollonne und das Lehr-Infanterie-Bataillon heran-
 gezogen wurden. Der Kaiser begab sich dann an der Spitze der
 Garde du Corps nach Potsdam zurück und nahm dann an
 einem Frühstück in der Kaserne des Regiments teil.
 Auf ein Jubiläumsgedächtnis, das die Herren von
 Corff und anderen anlässlich ihres 31. Vereinigungsfestes an
 den Kaiser richteten, traf folgende Dankbescheid aus Wilhelms-
 munde ein:

„Möchte der Geist der Corps auch in den kommenden Jahre-
 hunderten der alte bleiben; dann wird es uns nicht an
 Männern fehlen, welche, von Ernst und Muth begeistert, ihr
 Vorgesetztem für Ehre und Vaterland. In bekannter An-
 schaulichkeit mit herzlichem Dank für den freundlichen Gruß im
 Geiste bei Ihrem Gute sagen
 Wilhelm I. R.“
 Der russische Minister des Auswärtigen, Graf Murawiew,
 trat heute früh von Wiesbaden die Rückreise nach Peters-
 burg an.

Die Regierung im Wahlkampf.
 Berlin, 8. Juni, schreibt man uns: Der Wahlbrief
 des Grafen Poldowsky ist das Programm der Re-
 gierung für die bevorstehenden Wahlen. Diese Thatsache wird
 jetzt von offizieller Seite zugegeben, denn die „Nord. Allg.“
 sagt ausdrücklich: „Hauptsächlich enthält das
 Schreiben des Grafen v. Poldowsky das Pro-
 gramm der Reichsregierung.“ Wenn das der Fall ist
 — und wir hatten es von Anfang an nicht bezweifelt und das
 Heilige Frage- und Antwortspiel gleich nur als schmückendes
 Beiwerk betrachtet —, so darf man wohl sagen, daß eine
 Regierung ein Programm von solcher Dringlichkeit einerseits,
 von solcher Beschränktheit andererseits kaum je aufgestellt haben
 dürfte. Klugheit und Würde ist der allgemeine Name gegen die
 Sozialdemokratie, der bei Lesenden des unheimlichen Wochens-
 chens dieser Partei ganz außer Acht fällt; gefährlich aber sind
 die weitgehenden Zusicherungen an die Agrarier, die aus dem
 Munde des Ministers herausgelassen werden müssen. Und so
 schreibt dem sich frohlockend das Organ des nunmehrigen
 Bundes der Landwirte: „Wir erblicken in dem Briefe ein
 werthvolles Zeichen dafür, daß die Regierung mit uns dem
 gleichen Ziele zurecht.“ Auch die „Post“ kann nicht
 umhin, die Zeit für gekommen zu erklären, um durch nach-
 drückliche Betonung des Regierungsstandpunktes völlig klarzu-
 stellen, wie entschieden und fest die Regierung auf dem
 Boden der Sammlungspolitik steht und wie sehr sie eine sichere
 Mehrheit im Reichstage für eine entschiedene nationale Politik,
 insbesondere für eine Politik wirksamer Schutz der Land-
 wirtschaft, für nötig erachtet. Was unter diesem „wir-
 ksamen Schutz“ zu verstehen ist, weiß nachher jeder, der
 der Ermüdung der letzten Jahre getraut ist und das schritt-
 weise Zurückweichen der alten westlichen und schwebenden Regierung
 vor dem agrarischen Aufsturm mit hat beobachten müssen. Es
 handelt sich um die weitere Verfolgung der richtungsweg-
 losen Tendenz, die Konsumenten-Interessen in den Unter-
 grund zu drängen und die Produzenten-Interessen frei
 und ungehindert zum Schaden der ersteren walten zu
 lassen. Da nun aber zufällig die große Masse des Volkes, ja
 das gesamte Volk in erster Linie Konsument und erst dann
 zu einem gewissen Prozentsatz Produzent ist, so ist jene Politik
 des Produzenten-Interesses, in die wir zuletzt hineingerathen,
 eine volkswidrige und höchst gefährliche Politik. Wäre uns
 der 16. Juni von ihr befreit!

Höchst sonderbar wirkt es angesichts dieser Entwicklung und
 des Hand- in Handgehens des Grafen Poldowsky mit dem
 Agrarier, wenn man die „Nord. Allg.“ erlesen aus dem
 Wahlbriefe schließen will, daß die Regierung keinerlei
 extreme Forderungen von irgend einer Seite begünstigen
 dürfe, und wenn sie trotzdem in einem plötzlichen Anfall von
 Liberalismus die Selbsthilfe vertritt. Dies geschieht in
 folgender Form:

„In den Schlussausführungen des vom Finanzminister v. von
 Manteuffel dem Kaiser und Königin erläuterten Finanzberichtes
 über die Finanzverwaltung des Jahres wird auf die
 wachsende Neigung, alles vom Staate zu verlangen, und auf
 das Drängen der Interessententeile auf allen Gebieten zu
 steigenden Anforderungen von Staatsmitteln verwiesen. Es
 scheint, als ob gewisse Kreise diesen Willen auf sich be-
 ziehen und daraus folgern möchten, daß gerade ihnen die
 verlangte Staatshilfe verweigert werden sollte. Der
 klare Vorwurf der Ausführungen, in welchen die betreffende
 Stelle vorkommt, kann es jedoch keinen Augenblick zweifelhaft
 machen, daß der Tadel allgemein ausgeprochen ist. Die
 Regierung, alles vom Staate zu verlangen, ist hauptsächlich
 in allen Gewerkschaften, in der Großindustrie ebenso
 wie im Kleinhandwerk und in der Landwirtschaft, vorhanden,
 während man der Selbsthilfe einen viel zu geringen
 Werth beizulegen sich gewohnt hat. Der vom Finanz-
 minister ausgesprochene Wunsch, daß das Drängen nach
 Staatshilfe in denjenigen Kreisen der wüthigen Arbeit-
 lenden möge, welche die Bewegung des Staates zur
 Erfüllung seiner wachsenden faktuellen Aufgaben erst im Auge
 behalten, ist daher ein sehr beherzigenswerther und appelliert
 an alle Stände.“

Dieser Rosenstüber für die jüngerlichen und agrarischen
 Herren, die sich vor dem Worte „Selbsthilfe“ zu betretigen
 pflegen wie vor dem lebhaftigen Gottesbeim, würde ja
 vielleicht eine ganz angelegentlich Wirkung herbeiführen: wenn
 er nur nicht zeitlich so eng mit dem Poldowsky'schen Programm
 der „positiven Forderung der großen gemeinsamen Interessen
 unserer Erwerbsstände“, also der weitgehenden Staatshilfe,
 zusammenfäme. So hat man nur den Eindruck, als wenn der

liberalere Flügel der Regierung, die um Hofenlose herum,
 nicht rechtzeitig eingestiegen sei und mit seinen Er-
 machungen zur Vermeidung der „Extreme“ und zur Ver-
 wendung der „Selbsthilfe“ bedenklich nachlässiger. Aber auch
 sie werden die Situation nun bald durchschaut haben, auch sie
 werden demnach sofort funktionieren, und die wie immer „ein-
 heitliche Regierung“ kann dann in geistvoller Formation ihren
 agrarisch-reaktionären Zielen zustreben.
 Noch ein beachtenswerthes Moment muß hier erwähnt wer-
 den. Der „Reichsanzeiger“ schrieb heute abend:
 „Das Staatsministerium hat beschlossen, an sämtliche
 Herren Reichstagsmitglieder das Schreiben zu richten, durch ge-
 eignete Erwähnungen dafür Sorge zu tragen, daß den Be-
 amten ihrer Bezirke die Ausübung des Wahlrechts am
 Tage der Reichstagswahl möglichst erleichtert
 werde.“
 In jedem andern Kulturstaat würde man diese Auslassung als
 selbstverständlich bezeichnen; in Deutschland pflegt man sich
 über solche Dinge zu freuen, wenn man sie nur auf ihren ein-
 wandfreien Wortlaut hin prüft. Aber der harmlose Vorschlag
 greift auch nicht gleich den tieferen Sinn der Sache. Da
 helfen jedoch die „Süddeutschen“, „V. Pol. R.“ aus, die dem
 Erlaß folgende bezeichnende Deutung geben:

Vorliegender Erlaß ist sicherlich den weitesten Kreisen des
 Volkes und höchsten Beamtenkreises wie nicht minder der
 Bevölkerung, soweit sie überhaupt anständliche und heilige
 Meinung hegt, aus der Seele gesprochen, da seine Sach-
 lichkeit offensichtlich gegen die Sozialdemokratie
 richtet.“
 Diese „Offenherzigkeit“ ist so klar, daß man in der That mit
 der Nase darauf gefahren muß. Soll sich der Erlaß
 hauptsächlich gegen eine bestimmte Partei richten, also eine Be-
 einflussung der Beamten bezwecken? Aus dem Wortlaut geht
 nicht hervor. Aber vielleicht verstehen die „Herren Reichs-
 stagsmitglieder“ zwischen den Zeilen so lein!

Die Thomasschulfrage.
 Die Agrarier haben nun auch an die Lehrer an den land-
 wirtschaftlichen Hochschulen das Ansehen gerichtet, den Kampf
 gegen das Thomasschul mitzumachen. Die „Post, Ztg.“ erhält
 nämlich Kenntnis von folgendem Schreiben der Bezugs-
 vereinigung der deutschen Landwirte, datirt Offenbach a. M.,
 26. Mai 1898:

„Sehr geehrter Herr! Wie Sie wohl schon aus Beitrags-
 nachrichten wissen haben, ist die Bezugsvereinigung der
 deutschen Landwirte mit dem Verein deutsch-österreichischer
 Thomasschulbesitzer in stichende Differenzen gerathen,
 die zu dem anstehenden Antritt („Kauf“ jetzt kein Thomas-
 wehl) an die deutschen Landwirte geführt haben. Es ist die
 Anforderung ergangen, bis zur Befreiung der Differenzen
 einmütigen feierlichen Bescheid zu fassen, und unsere Bitte geht
 dahin, daß die Herren Mitglieder der landwirtschaftlichen Hoch-
 schulen auf diesen Streit Rücksicht nehmen und uns so
 möglich unterstützen möchten. Selbstverständlich steigt
 es uns vollkommen fern, damit die Wissenschaft als solche
 irgendwie beschuldigt zu werden. Wir bitten vielmehr nur,
 daß die Herren etwaige unbedeutende Forderungen der
 Thomasschulbesitzer und übermäßige Anpreisungen des
 Thomasschul im Gegensatz zu anderen Dingen zurück-
 weisen möchten. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben,
 daß wir bei Ihnen in meinen Verbindungen Unterstützung
 finden werden, und zehne hochachtungsvoll und ergeben
 Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte.
 Der Vorsitzende:
 Dachs.“

So etwas nennt man ant beten — Unverschämtheit!
Centrum's Bekantnisse.
 Interessante Enthüllungen und Aeußerungen gab
 Dr. Lieber in einer Rede in Montabaur zum Westen.
 Erstens führte er aus:
 „Es giebt auch in unserer Partei sehr gewackelte Männer,
 die sagen, das Wahlrecht ist nicht ohne Bedenken. Ich
 kämpfe gegen diese Männer nicht. Ich sage nur zwei
 Dinge: Gegen das Votum der mittelbaren Wähler durch
 Wahlmänner ist das allgemeine Wahlrecht ein unverschieblich
 viel besseres; darüber wird doch alle einig, und ich wage
 behaupten, wenn es wirklich ein gewagtes Ziel des jüdischen
 Wahnsinn geworden ist — er würde damals Weiterreich den
 Wahn aus den Augen nehmen — das allgemeine Wahlrecht
 zu verfehlen, so würde es heute ein Verbrechen sein, es dem
 Volke wieder zu nehmen.“
 Herr Dr. Lieber giebt also zu, daß in seiner Partei einflussreiche
 Leute Gegner des Wahlrechts seien, und er selbst vertheidigt
 das letztere nur schwach — gegen jene Männer kämpft er nicht.
 Man wird sich das merken müssen. Also der Verlaß auf das
 Centrum ist auch nur gering.
 Zweitens sagte Dr. Lieber bei der Besprechung des religiösen
 Programms des Centrum's, so viel ihm bekannt, sei im Augen-
 blick im preussischen Staatsministerium nicht mehr das
 Hind und ernst gegen die Befreiung des Schulgesetzes be-
 vorzuziehen. Also das Hinderniß liegt tiefer, weber er bei einer
 anderen Gelegenheit mittelte. Warum nicht sofort?
 Schließlich warf sich der Parteipost nach mit folgenden
 Worten in die Brust:
 „Man nennt uns häufig die Regierungspartei. Das sind
 wir nicht, aber wir sind die regierende Partei ge-
 worden. Wir sind es geworden durch die eigene Unthätigkeit,
 durch die Ungeklärtheit der Gegner und durch eine ent-
 schiedene Wendung in den Anschauungen der verbundenen Re-
 gierungen. Heute sagt die Reichsregierung: Ich möchte die
 Reichsbeschäftigten mit denjenigen Parteien, mit welchen ich
 machen muß, und wenn ich sie mit dem Centrum machen kann,
 so möchte ich sie mit dem Centrum. Gegenüber der sog.
 Sammlungspolitik müssen wir unsere Kräfte sammeln, um die
 Bildung eines neuen Reichsregimentes zu verhindern und das
 Centrum in den Stand zu setzen, bald eine Mehrheit mit der

Rechten des Reichstages zu bilden, um politische Parteien —
 namentlich auf sozialdemokratische in der Fäulnis für alle So-
 zialverbände im deutschen Vaterland zu leisten, daß mit der
 Linken des Reichstages eine Abwehrmacht zu bilden, um
 alle Angriffe auf die Volkrechte und auf die Steuerkraft des
 Volkes abzuwehren, kurz und gut, wenn auch nicht die Mehr-
 heit im Reichstage für sich zu erziehen, so doch wenigstens in Stand
 zu setzen, den Ausschlag nach der einen oder nach der anderen
 Seite zu geben.“
 Diese Ausführungen enthalten nur zu viel des Wahren. Und
 warum ist es so gekommen? Weil der Liberalismus sich ge-
 klüftet und bekümpft hat und dadurch des Einflusses auf die
 Regierung verlustig gegangen ist.
 In einer Versammlung zu Würzburg erklärte Müller-Fulda,
 daß er konsequenter „privater“ Erläuterung des Herrn
 Müller-Fulda, daß ein früherer weimarischer Geheimrath und
 jetziger Bundesrath einen Reichstagswahlgesetzentwurf aus-
 gearbeitet habe, der das allgemeine, geheime und direkte Stim-
 mrecht bedrohe, erklärt überaus überrascht zu sein, der jetzt
 bei der mittelbairischen Abgeordnetenversammlung in Greiz die
 Angabe, er habe einen derartigen Entwurf ausgearbeitet, eine
 dreifache Unwahrheit sei.

Wahlwirtschaftlich.
 * Der Plan eines Großschiffahrtsverkehrs Berlin —
 Stettin mit westlicher Unternehmung ist jetzt seiner Bewer-
 tung insofern näher gerückt, als, wie die „Office-Ztg.“ hört,
 von Seiten der Regierung eine entsprechende Vorlage im
 Zusammenhange mit der in Aussicht gestellten großen Kanal-
 vorlage dem Landtage bereits im Herbst dieses Jahres
 zugehen dürfte.
 * Der Centralverband der Vereine selbständiger
 Gewerbetreibender in Berlin ist seitens des Finanz-
 ministeriums aufgefordert worden, seine der Behörde unter-
 breiteten Vorträge zur Bekämpfung der dem gewerblichen
 Mittelstande drohenden Gefahren näher zu begründen. In
 einem sehr ausführlichen Schriftsatz hat sich der Verband dieser
 Aufgabe entledigt. Besonders lebhaft wird von ihm hinsichtlich
 der Bekämpfung der Großkaufleute neben einer Umfassung
 einer Bekämpfung der Verkaufstraumstände sich gegen eine
 Steuererhöhung gefordert. Der Verband hat sich gegen eine
 Vertheuerung bzw. Vertheuerung aus und hat, um diese Beden-
 ken näher zu begründen, die einzelnen Wünsche, um eine präch-
 tige Ausbesserung der einzelnen Wünsche, um eine präch-
 tige Ausbesserung der Verkaufstraumstände würde nur dazu führen,
 daß solche Steuern nach besseren logischen Einrichtungen, nach
 mehr Licht und Luft zu unterbreiten. Sie würde für die
 Wohlthätigkeit und das Wohl der Angehörigen höchst nachtheilig
 wirken, also durchaus unzulässig sein.

Schule und Kirche.
 * Offiziell schreibt man: Bei der 1890 eingeleiteten Reform
 des höheren Unterrichtswezens ist neben der Ueberführung des
 Unterrichtsplanes der humanistischen Gymnasien und die Um-
 wandlung einer Anzahl der kleineren Gymnasien in
 Realhöhlen in Aussicht genommen worden. Dies ist
 namentlich an solchen Orten geschehen, wo man wegen der
 flackernden unzureichenden Entlohnung, doch mit einer
 mehr auf das Bedürfnis des Gewerkschaften zurechnenden
 höheren Verkräftung der Wüthigen und Anforderungen der Be-
 weisung am besten gerüstet ist. Die Einrichtungen, welche ge-
 macht sind, seitdem durch Errichtung von realen Parallelklassen
 die Ueberleitung dieser Gymnasien in Realhöhlen eingeleitet
 ist, sprechen aber keineswegs überall für die Nichtigkeit jener
 Annahme. Denn gerade aus der Industrie beteiligten
 Kreisen sind vielfach nicht die Realhöhlen die Humana-
 lissen bescheid worden, so daß von der Durchführung des
 Planes selbst mehrfach eine Expiration der höheren Schule
 gefährdende Verringerung der Frequenz zu befürchten ist. Man
 hält gegenüber solchen Erfahrungen in der Unterrichtsverwaltung
 keineswegs starr an den ursprünglichen Plänen fest, ist viel-
 mehr überall befreit, die Einrichtung des höheren Schulwezens
 dem praktischen Bedürfnis anzupassen und demzufolge bei Um-
 wandlung als rein humanistische Gymnasien nicht wohl hel-
 leres Ansehen nicht an der Errichtung intensiver Real-
 höhlen festhalten, sondern je nach Lage des Falles, Reprä-
 sentanten anderer Art, insbesondere Programmaten oder
 Reformgymnasien, zuzulassen.

* Für den Regierungsbereich Wosen steht ebenfalls die
 Umwandlung solcher Kreisdistriktsstellen im Neben-
 amte, die von Wahren verwaltet werden, in hauptamtliche
 Kreisdistriktsstellen bevor. Im Posenen Bezirk sollen 16 Kreis-
 schulispektoren im Hauptamt angestellt werden.

Verwaltung und Reichsfrage.
 * Das Staatsministerium trat gestern nachmittags unter
 dem Voritz seines Ministerpräsidenten Dr. v. Müllers zu einer
 Sitzung zusammen.
 * Ueber die Festlegung der gesetzlichen Besätze für die
 Hinterbliebenen beurlaubter Beamten hat der
 Minister der öffentlichen Arbeiten an die Eisenbahndirektionen
 der preussischen Staatsbahnen einen neuen Erlaß gerichtet,
 in welchem bestimmt wird, daß in Zukunft die Entscheidung darüber,
 ob für die Bemessung der Besätze der Hinterbliebenen verur-
 theilte Beamten das Gesetz betr. die Fäulnis für Beamte in-
 folge von Betriebsunfällen, oder das Gesetz, betr. die Fäulnis
 für die Wüthigen und Wüthigen der unmittelbaren Staatsbeamten
 in Anwendung kommen soll, danach zu treffen ist, ob zur Zeit
 der Fälligkeit der einzelnen Besätze die Verrechnung nach dem
 einen oder dem anderen Gesetze eine für die Hinterbliebenen
 günstigeres Ergebnis liefert. Es soll daher stets das Gesetz,
 welches jeweils die höheren Beträge ergibt, in Anwendung

